

Von «Babyboomern» und «Pillenknickern»

SP-Grossrat Peter Peyer und CVP-Nationalrat Martin Candinas lieferten sich eine emotionale, aber sachliche Debatte zur «AHVplus»-Initiative. Neue Erkenntnisse blieben jedoch aus.

von Thomas Kind

Der AHV geht es schlecht. Darin waren sich die Beteiligten der Podiumsdiskussion zur «AHVplus»-Initiative einig. Genau in dieser Zeit fordert die Initiative eine Erhöhung des AHV-Beitrags um zehn Prozent. Wer profitiert davon und wie soll das finanziert werden? Dies waren die Hauptfragen am Donnerstagabend.

Rund 25 Personen – Redner, Journalisten und Haustechniker mitgezählt – hatten sich in der Aula der Ibw Chur eingefunden, um der Podiumsdiskussion zwischen SP-Grossrat Peter Peyer und CVP-Nationalrat Martin Candinas zu lauschen. Organisiert wurde der Anlass von der Bündner Allianz für eine starke AHV und vom Bündner Komitee «Nein zu AHVplus».

Die Frauen profitieren

Auf die Einstiegsfrage von Moderatorin Stefanie Hablützel, wie gross denn die AHV-Rente der beiden Podiumsteilnehmer in etwa ausfalle, wussten weder der 50-jährige Peyer noch dessen 36-jähriger Kontrahent Candinas eine klare Antwort. Beide waren sich jedoch einig, dass es Menschen gäbe, denen es in der Pension deutlich schlechter gehe als ihnen beiden.

Darum sei die Initiative auch wichtig, so Peyer. Besonders für Frauen, die Kinder grossgezogen und Betreuungsaufgaben wahrgenommen hätten. «Diese Frauen haben grosse Lücken in der AHV». Aber auch Teilzeitarbeitende und Vollzeitarbeitende mit sehr tiefen Löhnen würden profitieren. «Und die Bauern. Auch wenn der Bauernverband nun mal Parteipolitik betreibt.»

Natürlich würden diese Menschen von einer höheren Rente profitieren, so Candinas. «Aber wir müssen einfach immer die Frage der Finanzierung im Hinterkopf behalten.» In einer Zeit, in der die Familienarmut grösser sei als die Rentnerarmut, sei es nicht wirklich sinnvoll, die Renten zu erhöhen.

AHV braucht Millionäre

Nebst der finanziell prekären Situation der AHV beurteilt der Nationalrat auch das sogenannte Giesskannenprinzip der Initiative als problema-



AHV-Podium: SP-Grossrat Peter Peyer, Moderatorin Stefanie Hablützel und CVP-Nationalrat Martin Candinas (von links) diskutieren über die Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV». Bild Marco Hartmann

tisch. Die falschen Personen würden von den zusätzlichen zehn Prozent Rente profitieren, da auch reiche Empfänger mehr erhielten.

Als eine Fehlinterpretation des AHV-Systems bezeichnete Peyer dieses Argument. Obwohl der Millionär auf sein Millionengehalt einzahle, bekomme auch er nur maximal 2350 Franken Rente als Alleinstehender. «Die AHV braucht die Millionäre.»

7,9 Milliarden Verlust

Seit Jahren sei die AHV defizitär, so Candinas. Im Jahr 2014 habe sie ein Minus von 320 Millionen Franken ausgewiesen, im vergangenen Jahr gar 579 Millionen Franken. Und für 2016

«Die Prognosen waren immer schlecht, aber in der Realität haben sich diese nie bewahrheitet.»

Peter Peyer
SP-Grossrat

liege das Defizit bei rund einer Milliarde. «Wenn nicht bald etwas geschieht, wird die AHV im Jahre 2030 einen Verlust von 7,9 Milliarden Franken aufweisen.» Und weiter: «In 20 Jahren werden wir rund 2,4 Millionen Rentner haben. Das sind rund 900 000 mehr als heute.»



Eine Annahme der Initiative hätte jährliche Mehrkosten zwischen 4,1 und 5,5 Milliarden Franken zur Folge. Wenn immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen, dann werde man das irgendwo spüren, sagte Candinas. Und das geschehe hauptsächlich bei den jungen Familien.

Prognosen und Ausländer

«Seit 1948 macht man nun Prognosen», so Peyer. Doch diesen kann der Grossrat nicht viel abgewinnen. «Diese Prognosen waren immer schlecht, aber in der Realität haben sich diese

nie bewahrheitet.» Auch im Jahr 2010 habe man behauptet, dass die AHV bereits im Jahr 2015 nicht mehr zu finanzieren sei. Und das sei schlichtweg nicht eingetreten.

Es stimme zwar, dass die Generation der Babyboomer bald ins Pensionsalter komme und die AHV belastete. «Aber danach folgt die Generation der Pillenknicker, bei denen die Zahl wieder massiv abnimmt und die AHV entlastet.» Die Prognosen, so Candinas, seien aber auch deshalb immer falsch gewesen, weil niemand mit einer hohen Zuwanderung gerechnet habe. «Diese war in den letzten Jahren enorm hoch. Und diese Zuwanderung hat das System AHV, so wie wir es kennen, am Ende gerettet.» Eigentlich müsse man möglichst viele Leute aus dem Ausland holen, um diese hier arbeiten zu lassen.»

Obschon sich die Kontrahenten nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen konnten, erachten beide das Schweizer Rentensystem als «genial». «Wählen Sie am 25. September mit gutem gewissen Ja», so Peyer. «Die Initiative hat keine Chance», konterte Candinas mit einem verschmitzten Lächeln.

Gute Weiden und damit guter Käse

Der Alpsommer 2016 ist langsam aber sicher vorbei. Ein Vergleich zeigt: Das Wetter war in diesem Jahr besser als im Sommer 2015. Wie Töni Gujan, Leiter der Fachstelle Landwirtschaft am Landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof, gegenüber dem Internetportal «suedostschweiz.ch» ausführte, gab es in diesem Sommer genug Niederschlag. Dies habe positive Auswirkungen auf die Weide und die Produktion der Alpprodukte. Er rechnet deshalb mit einem guten Ertrag und einer guten Qualität des Alpkäses. Dies dürfte sich dann am nächsten Donnerstag anlässlich der alljährlichen kantonalen Alpkäseprämierung am Plantahof zeigen. Auf den Bündner Alpen werden im Schnitt etwa 600 Tonnen Alpkäse produziert. (so)

DSP: Zweimal Nein, einmal Ja

Die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) Graubünden hat für die Abstimmungen vom Sonntag, 25. September, ihre Parolen gefasst. Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ist gemäss der Partei abzulehnen. Zudem spricht sie sich gegen die Vorlage «AHVplus: für eine starke AHV» aus. Das Bundesgesetz über den Nachrichtendienst sei hingegen anzunehmen. (so)

INSERAT

«RICHTIGES ZIEL, ABER EXTREME ZWANGSMASSNAHMEN SIND DER FALSCH WEG!»

NEIN 25. September
zur Initiative Grüne Wirtschaft

gruener-zwang.ch

Ihre Stimme.

Lucas Zukunft.

Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft ist:

- Notwendig** Die Initiative fordert, dass die Schweiz bis 2050 nachhaltig wirtschaftet. Wenn wir heute nicht handeln, müssen unsere Kinder und Grosskinder teuer dafür bezahlen.
- Innovativ** Es geht um umweltfreundliche Technologien und Innovationen, nicht um die Bevormundung der Konsument/innen.
- Moderat** Das Ziel entspricht dem Klima-Abkommen von Paris. Unternehmen von lokalen KMU bis IKEA, Swissscleantech, Konsumentenschutz, Gewerkschaften, Umweltverbände, Entwicklungsorganisationen, Hausverein, SP, GLP, EVP, Grüne, CVP Genf und Waadt, BDP Waadt, FDP-Mitglieder und weitere sagen Ja zur Grünen Wirtschaft.

Aus Verantwortung für die künftigen Generationen:
Jetzt Abstimmungsunterlagen ausfüllen und abschicken.



Nachhaltig bis 2050 **JA** Grüne Wirtschaft